

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Stadtblatt und Anzeiger).

Verlagsamt
Kriegsplatz Nr. 22
Grafplatz Nr. 22

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Reichsregierung, des Reichspräsidenten, des Reichsgerichts und der Reichsanwaltschaft beim Reichsgericht, des Reichsgerichts, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Riesa befähigt. Bestimmte Blätter.

Verlagsamt
Riesa 1932
Grafplatz
Riesa Nr. 22

Nr. 53.

Donnerstag, 3. März 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postweg 2,24 Mark einschließlich (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Stellen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Reflametz-Zeile 100 Gold-Pfennige; getrandeter und abwechselnder Satz 50%, Aufschlag. Große Letzen. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Rüge eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Anzeigerpreis Riesa. Schriftliche Anzeigerbestellungen, „Zähler an der Hand“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Druckerei oder der Fernschreibungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Verlagsamt und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hilmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

In der Agitation.

Mit außerordentlicher Fähigkeit sind Nationalsozialisten und Deutschnationale dabei, die Agitation für die Präsidentenwahl durchzuführen. Soweit die Nationalsozialisten in Frage kommen, wird mit Flugblättern, Plakaten, Sonderzeitungen und Versammlungen gearbeitet. Es müssen Millionen für diese Agitation bereitgestellt sein. Die Nationalsozialisten soll diese Wahl aber auch eine Entscheidung bringen. Die Deutschnationalen wollen sich mehr beschränken und in der Werbung dem Stahlhelm den Vortritt lassen, jedenfalls weniger Mittel aufwenden und sparsam sein, weil die Freiwahl ihnen wichtiger erscheint und deshalb deren Finanzierung rechtzeitig sicher gestellt werden soll. Die Kommunisten auf der anderen Seite arbeiten nach ihrem alten Respekt, insofern ohne innere Überzeugung, daß diese Wahl einen Sinn habe. Sie wollen Baraufwendungen für diese Agitation nicht machen, sondern nur die üblichen Versammlungen abhalten.

Wendet die andere Front, bleiben die Parteien und Gruppen, die sich hinter Hindenburg gestellt haben und damit die Verpflichtung übernehmen, auch in der Agitation tätig zu sein. Nun aber besteht keine rechte Neigung in keiner der Parteien von Weimar bis Breitscheid, die Agitation für den Kandidaten Hindenburg in dem Ausmaß zu betreiben, wie es eigentlich im Gegensatz zur Abbiegung der gemäßigten Agitation erforderlich wäre. Eine Partei verläßt sich hier auf die andere. Keine will besonders im Vordergrund stehen, keine will aber auch wesentliche Mittel anwenden, weil alle ja in der Freiwahl abtrennen möchten werden und deshalb mit den Barmitteln wie mit den Kräften haushalten müssen. Dort geht es um den eigenen Erfolg, hier um einen Gemeinheitsverfall. Wie wir hören, werden seitens aller Parteien, von den Volksparteien, aber die Deutsche Volkspartei, der Wirtschaftspartei, zum Zentrum bis zu den Sozialdemokraten in der Hauptstadt gesteigerte Versammlungen arrangiert. So wird die Arbeit in den Versammlungen, weil sie von so vielen Parteien für Hindenburg agitiert, ziemlich vielseitig sein. Des weiteren stützt man sich auf die Pressepropaganda, während schon mit den Flugblättern sparsamer umgegangen werden wird. Man wird dieses dem Hindenburg-Ausschuss überlassen, ihm auch die Plakatierung übertragen. Eine Ueberkreuzung der Wähler mit Flugblättern aller Parteien der Hindenburgfront soll nicht stattfinden.

Die Versammlungsbewegung selbst den Parteien bereits erhebliche Mittel. Hier wird aber gleichzeitig die Vorbereitung für die Freiwahl eine Rolle. Die besten Redner sollen ins Feld geschickt werden. Auch der Reichstanzler hat die Absicht, in mehreren Wahlversammlungen des Zentrums zu sprechen. Der Reichsinnenminister wird wahrscheinlich Gelegenheit nehmen, im Rundfunk zwar keine Wahlrede zu halten, aber sich mit nationalsozialistischen Angriffen auseinander zu setzen.

Obwohl Versuche gemacht wurden, die Hindenburgfront enger zusammenzuschließen und unter dem Ausmaß eine einheitliche und thematische Wahlarbeit zu arrangieren, ist das nicht gelungen. So wird es erklärlich sein, wenn die Nationalsozialisten mit ihrer Agitation den Vortritt und auch jedenfalls einen großen Erfolg haben, den man nicht unterschätzen darf. Auch für den Wahltag selbst sind jetzt von den Nationalsozialisten viel durchgreifendere Maßnahmen getroffen, während noch immer überlegt wird, welche Parteien und ob überhaupt einzelne Parteien die Kontrolle vor den Wahllokalen stellen sollen. Die Sozialdemokraten haben es jedenfalls abgelehnt, ihre Agitation mehr zu erweitern und sich an der letzten Wahlarbeit zu beteiligen. Wenn demnach in allen Parteien der Hindenburgfront einmütige Stimmung für Hindenburg vorliegt, so fehlt doch die tragende, voll einwirkende Werbetätigkeit bis zur letzten Konsequenz.

Gegen eine tendenziöse Fallmeldung.

Von dem Landesverband Sachsen der Konservativen Volkspartei werden wir um Aufnahme folgender Darstellungen gebeten:

Von Berlin aus wird die Meldung verbreitet, daß unter Führung des demokratischen Reichsministers Dietrich und des konservativen Reichsministers Trebitz ein parteimäßiger Zusammenschluß aller der bürgerlichen Parteien, die im Reichstage gegen die Wahlrechtsänderung gestimmt haben, zu einer Partei der Mitte erneut betrieben werde, deren Kernstück das Zentrum bilden solle.

Diese Meldung trägt ganz offensichtlich alle Kennzeichen einer tendenziösen Fallmeldung an sich und vertritt in ihrer vorläufigen, jeden Hinweis auf Tatsachen vermeidenden Formulierung, daß ihre Urheber bemüht eine Unrichtigkeit anzusprechen. Der Zweck dieser Meldung liegt ganz offen zutage. Mit ihr soll erreicht werden, in die breite bürgerliche Front der Hindenburg-Wähler ähnliche Zwiespältigkeiten einzutragen, wie sie in der angeführten Darlegung schon seit dem Tage von Hatzburg vorherrschen, und die nun dazu geführt haben, daß die nach Hatzburg gebildeten Parteien mit zwei Kandidaten in den Reichspräsidentenwahlkampf ziehen müssen. Das ist die Frucht des unangenehmen Versuches, neue Sozialisten mit allen Nationalliberalen zusammenzubringen.

Die konservative Partei wird ihren Charakter als weltanschaulich gegründete Rechtspartei immer bewahren,

Japans Ziel erreicht?

Schanghai, 3. März.

Die Japaner setzen ihr Ziel, nämlich die Zurückziehung der chinesischen Truppen bis zu einer Entfernung von zwanzig Kilometern von der ausländischen Konzeptionszone erreicht zu haben. Es wird angenommen, daß die Friedensverhandlungen heute an Bord des englischen Kreuzers „Kent“ wieder aufgenommen werden. Das chinesische Oberkommando will den Widerstand fortsetzen, wenn die Friedensbedingungen unvernünftig sein sollten.

Der Rückzug der Chinesen aus dem von ihnen geräumten Stellungsbereich den ganzen Tag über fort. Bei Beginn der Nacht hatten die Japaner Ichang und Tchang besetzt und näherten sich Nanhsiang, wo, wie nachträglich noch bekannt wird, von den Chinesen erhebliche Stellungen genommen wurden.

Japanischer Seeresbericht.

Schanghai. Am Mittwoch vormittag Ortszeit erschienen die Japaner nach einer während der ganzen Nacht andauernden Artilleriebeschlebung der chinesischen Linie einen großen Angriff auf der ganzen Front zwischen Kiangwan und Schanghai. In den späteren Morgenstunden gab das japanische Hauptquartier die Meldung aus, die japanischen Truppen seien auf keinerlei Widerstand gestoßen und seien in unmittelbarem Vorrücken gegen Tschung begriffen. Die Chinesen hätten ihre Stellungen an der Kiangwanfront verlassen, indem sie im Laufe der Nacht unter dem Schutze der Dunkelheit den allgemeinen Rückzug durchgeführt hätten. Die Chinesen, so meldet das japanische Hauptquartier weiter, seien durch die heftige Beschlebung in den letzten Tagen aus ihrer bisher demoralisierten worden.

Schanghai. Die Chinesen haben ihre bisherigen Stellungen aufgegeben und ziehen sich hinter die 20-Kilometer-Zone zurück. Die Position der Truppen erfolgte unbenutzt von den Japanern und in voller Ordnung. Der chinesische Oberkommandierende Tsui erklärte, wenn die Japaner folgen und einen weiteren Druck auf seine Truppen ausüben sollten, werde der Widerstand fortgesetzt werden. Die Japaner besetzen Tschung.

Schanghai. Die Chinesen behaupten, der gebräuchliche Rückzug sei lediglich eine taktische Bewegung, weil die Gefahr besteht, daß sie in der Panik umfaßt oder sogar durch eine japanische Division, die in Tschung gelandet ist, abgeschnitten würden. Nach offiziellen Meldungen der 10. chinesischen Armee wurde die chinesische Front nach heftiger Artillerie- und Bombardierung völlig durchbrochen. Die rückwärtigen Verbindungen sind bedroht. Infolgedessen werden sich die Chinesen auf Nanhsiang (11 Meilen westlich der Station Schapei an der Eisenbahn Schanghai-Nanking) zurückziehen. Dort wollen sie den Widerstand fortsetzen.

Bestimmismus in Schanghai.

Schanghai. (Hankow.) In den japanischen Bedingungen einer Waffenruhe wird von chinesischer Seite erklärt, eine Zustimmung zu den Forderungen würde China auf Gnade und Ungnade preisgeben. Die Stimmung ist pessimistisch.

Die japanischen Bedingungen für einen Waffenstillstand.

Schanghai. Die Bedingungen des japanischen Oberkommandos für eine Waffenruhe, die gestern abend durch Vermittlungen des britischen Gesandten der chinesischen Regierung übergeben worden sind, unterscheiden sich erheblich von den Bedingungen, die am letzten Sonntag an Bord des britischen Kreuzers „Kent“ veröffentlicht worden waren. Die japanischen Bedingungen lauten:

Wenn China der Zurückziehung seiner Truppen über die 20-Kilometer-Zone zustimmt, so Japan bereit, die Einstellung der Feindseligkeiten für eine bestimmte Zeit zuzustimmen, während der die Bedingungen einer endgültigen

ihre organisatorische Ziel in der Wiederausführung aller der Parteien, die mit ihr weltanschaulich übereinstimmen, verfolgen.

Für dieses Ziel werden die sächsischen Konservativen nunmehr mit verstärkter Kraft sich einsetzen, nachdem sich zeigt, daß Eugenberg die alten Nationalliberalen wieder um sich zu sammeln beginnt.

Nicht aber gebietet politische Vernunft und Verantwortlichkeitsgefühl dafür zu sorgen, daß unserem Vaterlande in der Zeit seiner tiefsten Not der Generalfeldmarschall des Weltkrieges als Reichsoberhaupt erhalten bleibt. Deshalb mit allen Helfern für Hindenburg.

Ausreichende Ernte gefordert.

Berlin. Bei der gestrigen Tagung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft wies Reichsminister Dr. Schlangensiefen auf die Gefahren hin, die der deutschen Landwirtschaft und der gesamten deutschen Volkswirtschaft drohen, wenn nicht alle zur Verfügung stehenden Betriebsmittel eingesetzt werden würden, um eine möglichst große Ernte zu erzielen. Wenn die sich in der Umschauung be-

Beendigung der Feindseligkeiten zwischen den beiderseitigen Militärkräften festgesetzt werden würden.

Japan fordert, daß während der Einstellung der Feindseligkeiten eine Konferenz am „Runden Tisch“ zwischen den Chinesen und Japanern abgehalten wird, an der Vertreter neutraler Mächte teilnehmen sollen. Diese Konferenz soll über die Methode entscheiden, nach der beide Seiten ihre Truppen zurückziehen werden, und nach der der Status quo in Schanghai und um Schanghai herum wiederhergestellt werden soll.

Japan fordert, daß die chinesischen Truppen zuerst zurückgehen. Wenn dies geschehen ist, würden die japanischen Streitkräfte sich nach den Bezirken von Schanghai und „Wuhsang“ zurückziehen. Sobald normale Bedingungen bestehen, wird die japanische Armee auch aus diesen Bezirken zurückgezogen werden.

Japan erklärt, daß im Falle der Verletzung dieser Bedingungen durch eine der Parteien die andere Partei ihre volle Handlungsfreiheit zurückgewinnt.

Die Japaner stellen ihren Bormarsch ein.

Schanghai. (Hankow.) Der Oberbefehlshaber der japanischen Seestreitkräfte vor Schanghai, Admiral Nomura, erklärte, das Ziel der Japaner sei erreicht; er beabsichtigt infolgedessen die Einstellung der Feindseligkeiten am 3. März nachmittags 17 Uhr früh (M.S.). Der Befehlshaber der japanischen Landtruppen ordnete ebenfalls die Einstellung der Operationen um 3 Uhr 30 nachmittags an.

Gesandtschaft und Staatsoberhaupt der neuen Republik.

London. Times meldet aus Peking: Die Gesandtschaft des neuen autonomen Reichspräsidenten wird in Schanghai sein. Der vormalige Kaiser Pui hätte binnen kurzem zum Staatsoberhaupt erklärt werden.

Die chinesische Darstellung des ostasiatischen Konflikts.

Genf. Im Hinblick auf die heute nachmittags beginnende außerordentliche Völkerbundversammlung hat die chinesische Delegation heute nachmittag der Presse die chinesische Darstellung des ostasiatischen Konflikts, die dem Völkerbund auf Grund des Artikels 15 der Satzung vor einigen Tagen übermittelt wurde, übergeben. Das sehr ausführliche, mit großer Berechnung abgefaßte Dokument verfolgt die mandchurische Frage bis zum Frieden von Chimonoseki 1895 zurück.

Die Denkschrift gibt eine eingehende Darstellung des Ereignisses seit dem 18. September 1931. Sie bezeugt das japanische Argument der Notwendigkeit, das auch zur Rechtfertigung des Angriffs auf Schanghai vorgebracht wurde, als einen „plumpen und schamlosen“ Versuch, die Rollen zu vertauschen. Das von den Japanern vorgeschlagene Bündnis umfassen sei von ihnen selbst hervorgerufen worden. Der von Japan beflagte Bonfatti sei nur eine natürliche Reaktion des chinesischen Volkes gegen die japanischen Angriffsmaßnahmen.

China wiederhole seine am 2. Februar dem Völkerbund übermittelte Bitte, seine gesamten kapitulanten Befugnisse anzuwenden, um die sofortige Einstellung des feindseligen Vorgehens Japans, die rasche Räumung des chinesischen Gebietes durch die japanischen Truppen und die Regelung der gesamten ostasiatisch-japanischen Streitfrage durch friedliche Mittel herbeizuführen.

Die Kosten der Schanghai-Operationen.

Tokio. (Hankow.) Ein kaiserlicher Erlass, der 10 Millionen Yen für militärische Operationen bei Schanghai zur Verfügung stellt, wurde heute von dem Geheimen Staatsrat gebilligt. Die Summe dürfte bis zum 17. März ausreichen. Wahrscheinlich wird das Parlament zum 15. März für eine Sonderkredit einberufen werden, um die bisherigen Ausgaben nachträglich zu genehmigen und außerdem weitere Gelder zu bewilligen.

Ähnlichen Betriebe durch ungenügende Düngung in diesem Jahre schwere Betriebsverluste erlitten, so müßte er als Reichskommissar für die Ostküste heute schon jede Verantwortung für die Folgen ablehnen. Auch ungenügend werde das Reich durch ungenügende Versorgung mit Lebensmitteln aus eigener Produktion gefährdet. Der Minister wies den Gedanken einer Preisgarantie zurück. Derartige Garantien bedeuteten ein Abgeben von den privatwirtschaftlichen Prinzipien, für deren unbedingte Aufrechterhaltung die Landwirtschaft sonst stets eintrat. Da aber der Reichsregierung das besondere Kapitalrisiko, das bei der Ernte in diesem Jahre den Landwirt bedroht, bekannt sei, sei es demnach, eine gesunde Kapitalisationspolitik zu schaffen und diese Risiken weitgehend zu vermindern.

Sturm auf Kohlenhöfen

Walsum, 3. März. Die Kohlenhöfen der Mittelregion Jede „Rhein II“ der Vereinigten Stahlwerke wurden von ungefähr 500 Personen an verschiedenen Stellen zugleich gestürmt. Die Polizei hat 30 Personen festgenommen.